



West Papuan flag 1961

keine unnötigen Emotionen zu wecken.

Die wichtigsten Besonderheiten sind folgende:

1. Der Bereich »Religiöse Angelegenheiten« fällt nicht in die Zuständigkeit der Zentralregierung — anders als im Allgemeinen Autonomiegesetz.
2. Die Provinz hat eine eigene Flagge, ein eigenes Wappen und eine eigene Hymne — die allerdings neben den indonesischen nationalen Symbolen stehen.
3. Die Bereiche »Auswärtiges« und »Wirtschaft und Finanzen« sind zwischen

Zentral- und Provinzregierung so aufgeteilt, dass die Provinzregierung einen erheblichen Spielraum hat.

Die Provinzregierung kann die Initiative ergreifen, um mit ausländischen Regierungen und internationalen Institutionen Beziehungen zu unterhalten, allerdings mit nur mit Zustimmung der Zentralregierung (Bab II – Pasal 2 – b)

Die Provinzregierung hat die Zuständigkeit für die Nutzung aller Bodenschätze und natürlichen Reichtümer in West Papua – auf der Grundlage der Erhaltung der Natur (Bab II – Pasal 4 – c)

Ob dieser Gesetzentwurf überhaupt eine Chance hat, von Parlament und Regierung berücksichtigt zu werden, wird sich zeigen. Würde die Bevölkerung West Papuas als Alternative zur Unabhängigkeit eine weitgehende Autonomie fordern, dann würde ihr die Regierung weit entgegen-

kommen müssen, um das Problem West Papua mittelfristig zu lösen. Doch die immer lautstarker vorgetragenen Forderungen nach Unabhängigkeit West Papuas verhärteten die Fronten. Die Töne aus Jakarta werden schärfer, Hardliner greifen nach den alten Mitteln: Abtrünnige müssen mit Gewalt gefügig gemacht werden. Also werden die bewaffneten Sicherheitskräfte verstärkt. Damit erhöht sich das Konfliktpotential und bald liegt eine friedliche Lösung des Problems wieder in weiter Ferne.

Anmerkungen:

- 1) West Papua Rundbrief Nr. 14, April 2000
- 2) Draft Bill on Regional Autonomy under Fire — Jakarta Post vom 10. Mai 2000
Editorial and Opinion — Jakarta Post vom 18. Juli 2000
- 3) Anne Booth (JP a.a.O.)
- 4) Gary F. Bell, Staatsrechtler an der National University of Singapore (JP a.a.O.)
- 5) Manuskript unveröffentlicht beim West Papua Netzwerk

Spielraum schaffen für den Rat der autonomen Regionen

von Grace P. Nugroho

Vor einiger Zeit haben die regionalen Volksvertretungen (DPRD) Repräsentanten für den Rat der autonomen Regionen (DPOD) gewählt, die im kommenden Jahr dorthin entsandt werden. Diese vertreten dort ihre/n Verwaltungsbezirk/e beziehungsweise ihre Stadt gemäß dem Gesetz Nummer 22/1999 über die regionale Selbstverwaltung und dem Gesetz Nummer 25/1999 zum finanziellen Ausgleich zwischen der Zentralregierung und den Regionalregierungen.

Untersuchungsberichte zur Umsetzung der Autonomie in der jeweiligen Region

Der Rat der autonomen Regionen (DPOD) ist eine Institution oder ein Konsultationsforum auf na-

tionaler Ebene, das dem indonesischen Präsidenten verantwortlich ist und dessen Aufgabe unter anderem die Erstellung von Untersuchungsberichten zur Umsetzung der Autonomie der jeweiligen Regionen ist. Darunter wird sowohl die Übertragung bestimmter Regierungsaufgaben an die Regionen als auch das Problem des Finanzausgleichs zwischen der Zentralregierung und den autonomen Regionen verstanden.

Die Aufgaben im DPOD, die im Gesetz Nummer 22/1999 festgelegt wurden, sind durch den Präsidentenbeschluss Nummer 49/2000 noch präzisiert worden. Dort heißt es im dritten Absatz, dass das DPOD berechtigt ist, seine Meinung gegenüber dem Präsident zu den folgenden Themen zu äußern:

1. Die Bildung, die Abschaffung, den Zusammenschluss oder die Ausdehnung von autonomen Regionen

2. Der Finanzausgleich zwischen der Zentralregierung und den autonomen Regionen
3. Die Zuständigkeit der Regionen, Verwaltungsbezirke und Städte gemäß Gesetz Nummer 22/1999 Absatz 11, für die folgenden Bereiche: Beschäftigung, Arbeitskräfte, Gesundheit, Erziehung und Kultur, Landwirtschaft, Verkehrsplanung, Industrie und Handel, Kapitalanlagen, Umweltschutz und Landfragen.

Aus den genannten Aufgaben ist die sehr wichtige Rolle des DPOD ersichtlich, das Empfehlungen und Kritik an die Zentralregierung hinsichtlich der Umsetzung der regionalen Autonomie weitergibt. Die wichtige Rolle resultiert auch daraus, dass die DPOD-Mitglieder als

Der Autor ist von der indonesischen Stiftung für Recht und Menschenrechte mit Sitz in Lampung, Sumatra

Grundlage ihrer Empfehlungen die realen sozialen und politischen Verhältnisse in den autonomen Regionen vor Augen haben.

Die DPOD-Mitglieder sollten sich jedoch so objektiv wie möglich informieren und verhalten, das heißt beispielsweise keine manipulierten Daten liefern, um sich besser darzustellen.

Die Zusammensetzung des DPOD ist wie folgt:

1. der Innenminister als Vorsitzender,
2. der Finanzminister als stellvertretender Vorsitzender,
3. der Staatsminister für die Autonomie der Regionen als stellvertretender Vorsitzender,
4. der Verteidigungsminister,
5. der menteri Pendayagunaan Aparatur Negara,
6. der Staatssekretär,
7. der Vorsitzende von Bappenas (Badan Perencanaan Pembangunan Nasional, staatliches Beratungsgremium zur Landesentwicklung),
8. die Vertretung der Regionalregierungen,
9. die Vertreter der verschiedenen autonomen Regionen.

Basierend auf den im Präsidentenbeschluss Nummer 49/2000 genannten Funktionen ist die Rolle des DPOD sehr bedeutsam. Der Finanzausgleich zwischen Zentrum und den Regionen ist von großem öffent-

lichen Interesse, da die finanzielle Ausstattung der Regionen von den DPOD-Mitgliedern vorgeschlagen werden kann und damit die Informationen öffentlich werden.

Ebenfalls wichtig ist der soziale Aspekt. Dazu gehört die Bereitschaft der Bevölkerung, die Konsequenzen und die Verantwortung einer Anerkennung als autonome Region zu tragen.

Ratsherren müssen der Bevölkerung ihre Verantwortung für den Aufbau ihrer Region verdeutlichen

Die Vertreter der Regionen im DPOD müssen ihrer Bevölkerung klarmachen, dass sie jetzt die Verantwortung für den Aufbau ihrer Region haben. Um dieses Ziel zu erreichen wird Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Regionalregierung nötig sein, um die Untersuchungsberichte zu verfassen, die dann direkt veröffentlicht werden. Dieses Konzept verlangt eine gesunde öffentliche politische Partizipation, um eine autonome Regionalregierung zu garantieren. Schließ-

lich sollte man auch nicht vergessen, dass die Autonomiedebatte sich nicht nur um den Finanzausgleich dreht, sondern vielmehr dass daraus die Bevölkerung in den Regionen sich darauf vorbereiten muss, die ihr übertragene Verantwortung zu übernehmen.

Der letzte Punkt schließlich ist, dass auch innerhalb des DPOD ein Ausgleich geschaffen werden muss, das heißt sich zu fragen, ob die Regierung einer autonomen Region gut vorbereitet ist, Verantwortung zu übernehmen, so dass die Empfehlungen des DPOD immer abhängig von den Bedingungen in der jeweiligen Region sein müssen.

Darum ist es sehr wichtig, dass die Mitglieder des DPOD die Zustände und Probleme der verschiedenen Regionen klar erkennen, damit sich die Übertragung von Kompetenzen nicht auf chaotische Weise vollzieht.

Der Artikel ist der indonesischen Tageszeitung Lampung Post vom 20.7.2000 entnommen und wurde von Patrick Ziegenhain aus dem Indonesischen übersetzt und redaktionell bearbeitet.

Liebe zum Vaterland oder purer Machterhalt?

Nationalismus in Indonesien: Geschichte und Gegenwart

von Monika Arnez

Blickt man auf die Vergangenheit des Nationalismus in Indonesien zurück, so lassen sich seine Anfänge bis zum Ende der 1920er Jahre zurückverfolgen. War der Widerstand gegen das niederländische Kolonialregime auch schon früher offensichtlich, so zeichnete sich jedoch erst in diesem Zeitrahmen der starke Wunsch und zudem die Bereitschaft ab, die Fesseln der Fremdherrschaft endgültig abzustreifen.

Als eine besonders wichtige Voraussetzung für die spätere Unabhängigkeit im Jahre 1945 ist in diesem Zusammenhang der Jugendkongress *Sumpah Pemuda* (Schwur der Jugend) im Jahre 1928 zu nennen. Während dieser Veranstaltung sprachen sich Studenten und junge Intellektuelle verschiedener Ethnien für den Gebrauch des Indonesischen als einheitlicher, von allen Einheimischen zu benutzender

Sprache und für Indonesien als ihrem gemeinsamen Vaterland aus. Da sich Indonesien seit dieser Zeit in seiner politischen Struktur mehrfach grundlegend verändert hat, scheint es naheliegend, die Korrelationen zwischen der inhaltlichen Ausgestaltung sowie subjektiven Wahrneh-

Die Autorin ist Doktorandin im Fachbereich Malaiologie, an der Universität Köln